

## **Antrag**

**der Abgeordneten Christine Scheel, Bärbel Höhn, Kerstin Andreae, Birgitt Bender, Ekin Deligöz, Dr. Thea Dückert, Priska Hinz (Herborn), Sylvia Kotting-Uhl, Brigitte Pothmer, Krista Sager, Elisabeth Scharfenberg, Irmingard Schewe-Gerigk und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Nachhaltig investieren in Klima, Bildung, soziale Gerechtigkeit**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Herbst 2008 hat die Bundesregierung ihre Wachstumsprognose für das Jahr 2009 nach unten korrigiert. Sie prognostiziert jetzt ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,2 Prozent und orientiert sich damit an der Prognose der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2008. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geht für das Jahr 2009 von einer Stagnation aus. Weltweit befinden sich mehrere Länder wie die USA, Japan, Großbritannien, Spanien und die EU in einer Rezession. Deutschland befindet sich im Herbst 2008 nicht nur in einer globalen Finanzmarktkrise, sondern auch in einer Weltwirtschaftskrise.

Das von der Bundesregierung vorgelegte Konjunkturpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ wird nicht dazu beitragen, die derzeitige Rezession zu verkürzen. Nach Aussage des Sachverständigenrates „handelt es sich aber um ein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen, das zwar den Eindruck vermitteln mag „Wir tun was“, ansonsten aber nur bedingt auf die Erhöhung des Potenzialwachstums bei gleichzeitigem konjunkturellen Impuls zielt“.

Eine in dieser Wirtschaftssituation notwendige nachhaltige Investitionspolitik muss an den Problemen unseres Landes ansetzen. Dann verpuffen die Mittel nicht, wie bei blinden Konjunkturprogrammen. Die ökologische Modernisierung im Kampf gegen die Klimakatastrophe senkt die Folgekosten einer falschen Energie- und Verkehrspolitik. Investitionen in Bildung sind sozial gerecht und machen uns als Innovationsland fit. Und die Unterstützung der Ärmsten in unserer Gesellschaft ist ein moralisches Gebot und wirkt in Bezug auf die Konjunktur.

Es ist möglich, einen Großteil der vorgezogenen Investitionen aus Einsparungen bzw. durch Subventionsabbau zu finanzieren. Zudem können Mittel aus dem Emissionshandel verwendet werden und der Solidaritätszuschlag sollte in einen sog. Bildungssoli umgewandelt werden. Die CO<sub>2</sub>-basierte Umstellung der Kfz-Steuer, die verbrauchsarme Fahrzeuge steuerfrei stellt, soll schließlich von den Fahrzeugen aufkommensneutral finanziert werden, die viel CO<sub>2</sub> emittieren. Nachhaltige Investitionspolitik spart an den richtigen Stellen, sichtet klug um und vermeidet durch vorgezogene Investitionen Folgekosten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

ein nachhaltig wirkendes Investitionsprogramm aufzulegen, mit dem die drängenden Probleme, wie die Klimakatastrophe, die Bildungsmisere und die soziale Ungerechtigkeit, bekämpft werden. Das grüne Investitionsprogramm nutzt die Krise als Chance und setzt Anreize für die ökologische Modernisierung der deutschen Wirtschaft, erhöht das Bildungsniveau und unterstützt die Ärmsten in unserer Gesellschaft. Das Investitionsprogramm soll folgende Maßnahmen umfassen:

- Einrichtung eines Energiesparfonds: Mit einem Energiesparfonds in Höhe von 3 Mrd. Euro sollen die Bürgerinnen und Bürger durch Einsparungen beim Energieverbrauch finanziell entlastet werden, insbesondere durch die Unterstützung zur energetischen Sanierung und Nutzung erneuerbarer Energien im Wohnbereich und durch die Unterstützung von Beratung und Dienstleistungen zum Energieeinsparen. Der Fonds soll Energiesparprogramme konzipieren und finanzieren, die vor allem einkommensschwachen Haushalten nutzen.
- Aufstockung und Qualifizierung der CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung: Die Gebäudesanierung soll insgesamt um zusätzlich 1 Mrd. Euro aufgestockt werden. Das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm soll erweitert und seine energetische Wirksamkeit besser überprüft werden. Das Programm „Sozial investieren“ und der „Investitionspakt 2008“, mit dem öffentliche Gebäude energetisch saniert werden, sollen zu Gunsten von öffentlichen Gebäuden – bevorzugt Schulen, Kindertagesstätten und Hochschulen – ausgebaut werden.
- Ausbau Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und Wärmenetze: Ein Hemmnis für den stärkeren Ausbau der KWK ist die unzureichende Infrastruktur für die wirtschaftliche Verwendung der anfallenden Wärme. Deshalb sollen 750 Mio. Euro in den Ausbau von Fern- und Nahwärmenetzen sowie von Pufferspeichern investiert werden.
- Ausbau der Stromnetze: Die Stromübertragungsnetze bedürfen zusätzlicher Investitionen, um den zügigen Anschluss von erneuerbaren Energien und KWK-Anlagen sicherzustellen. Die Netze sollen in eine unabhängige Gesellschaft mit Mehrheitsbeteiligung der öffentlichen Hand überführt werden und mit Hilfe einer Anschubfinanzierung von 1 Mrd. Euro soll die Modernisierung beschleunigt werden.
- Markteinführung angepasster Wasser- und Abwasserentsorgung: Die Bundesregierung soll die Erforschung und Einführung von energiesparenden, angepassten und dezentralen Regenwasser-, Abwasserbehandlungs- und Aufbereitungssystemen anreizen, die den veränderten Erfordernissen hinsichtlich des Klimawandels, geänderten Verbraucherverhaltens und der sich wandelnden Bevölkerungsstruktur gerecht werden.
- Umstellung der Kfz-Steuer auf CO<sub>2</sub>-Basis: Durch eine höhere Besteuerung von Fahrzeugen mit einem überdurchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß sollen Pkw mit einem CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zu 120 g/km für vier Jahre von der Kfz-Steuer befreit werden. Für die klimapolitische Wirksamkeit der Steuer ist zentral: Je mehr CO<sub>2</sub> ein Fahrzeug emittiert, desto stärker muss die Steuer pro Gramm des Treibhausgases stufenweise angehoben werden.
- Marktanreiz- und Forschungsprogramm für Elektromobilität: Mit 500 Mio. Euro soll gezielt der Aufbau einer Infrastruktur für Elektromobilität gefördert werden. Die Bundesregierung soll das Ziel von einer Million Elektrofahrzeugen in Deutschland bis 2020 anstreben.
- Sanierung und Ausbau der Schienenwege und Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV:) Mit zusätzlich 1,7 Mrd. Euro sollen in erster Linie die Schieneninvestitionen erhöht werden, mit dem Schwerpunkt der

Sanierung des bestehenden Netzes und der effizienten Beseitigung von Engpässen und Kapazitätserweiterungen, insbesondere für den Schienengüterverkehr. Die Mittel für den Schienenpersonennahverkehr müssen wieder auf das Niveau vor den Kürzungen durch die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD angehoben werden. Mit einem Wettbewerb „100 Städte mit klimaneutralem ÖPNV“ soll der Umweltvorteil des ÖPNV gegenüber dem Auto ausgebaut werden.

- Sanierung der Bundesfernstraßen: Mit zusätzlich 500 Mio. Euro will die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN statt für den Straßenneubau die Mittel für die Sanierung von Bundesfernstraßen, Tunnel und Brücken, die zum Teil in sehr schlechtem Zustand sind, erhöhen. Da bei der Straßensanierung kleinere Bauwerke vergeben werden können, profitiert hiervon vor allem auch die regionale, mittelständisch geprägte Bauwirtschaft.
- Aufstockung von Mitteln für klimafreundliche Landwirtschaft: Um die Landwirtschaft klimafreundlicher zu gestalten, ist u. a. eine deutliche Aufstockung des Investitionsprogramms zur Förderung der Energieeffizienz in Landwirtschaft und Gartenbau nötig.
- Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen ganztägigen Kita-Platz: Jahrelang wurden notwendige Qualitätsverbesserungen und der bedarfsgerechte Ausbau der Infrastruktur im vorschulischen Bereich vernachlässigt. Es soll bereits ab 2010 ein Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen ganztägigen Kita-Platz für jedes Kind ab Vollendung des ersten Lebensjahres geben. Dafür sind in den nächsten beiden Jahren 5,3 Mrd. Euro nötig; 1 Mrd. Euro davon für die schrittweise Qualitätsverbesserung: Ziel ist mittelfristig eine zusätzliche Fachkraft pro Gruppe im Bundesdurchschnitt und in jeder Gruppe eine Fachkraft mit (Fach-)Hochschulausbildung.
- Gebundene Ganztagschulen: Anstatt das Ganztagschulprogramm auslaufen zu lassen, sollen 4,8 Mrd. Euro in den Umbau der Schulen zu gebundenen Ganztagschulen investiert werden und die Qualität durch zusätzliche Fachkräfte verbessert werden. Bis Ende 2010 können damit weitere 3 450 Schulen zu Ganztagschulen ausgebaut werden. Bei diesem Tempo wären bis 2020 alle Schulen zu Ganztagschulen mit individueller Förderung von Kindern und Jugendlichen umgestellt.
- Zusätzliche Studienplätze: Die Zahl der Studienberechtigten steigt in den nächsten Jahren stark an und wird bis 2013 ihren Höhepunkt erreichen. Allen Studierwilligen soll ein Studienplatz geboten werden. Dafür sind in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt 2,4 Mrd. Euro nötig. So lassen sich 230 000 zusätzliche Studienplätze einrichten und sachgerecht ausstatten. Schon jetzt beeinträchtigt der Fachkräftemangel die wirtschaftliche Entwicklung. In naher Zukunft werden außerdem aufgrund des demografischen Wandels weitaus mehr akademisch Ausgebildete aus dem Erwerbsleben ausscheiden als junge Hochqualifizierte zur Verfügung stehen.
- Kommunalen Investitionsstau auflösen: Die Kommunen stehen vor einem Berg politischer Herausforderungen: Sie müssen ihre Infrastruktur bei Sozialleistungen, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik ausbauen und eine zuverlässige Daseinsvorsorge bieten. Trotz dieser riesigen Anforderungen sinken die kommunalen Investitionen seit 1992 – mit schädlichen Auswirkungen auf unsere Volkswirtschaft. Das Deutsche Institut für Urbanistik beziffert den Mittelbedarf von 2006 bis 2020 auf 704 Mrd. Euro. Gemessen an den kommunalen Investitionen des Jahres 2005 entspricht dies einem jährlichen Mehrbedarf von 7 Mrd. Euro. Arme Kommunen haben einen besonders hohen Nachholbedarf. Weil viele von ihnen aber nur Nothaushalte verabschieden dürfen, darf die Investitionsförderung nur geringe oder keine Kofinanzierung verlangen. Kommunale Investitionen wirken direkt vor Ort, haben hohe Arbeitsplatzeffekte und sind gut für die regionale Wertschöpfung.

- Erhöhung der Regelsätze des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II): Die Regelsätze für Sozialleistungen nach dem SGB II und dem SGB XII sollen sofort auf 420 Euro angehoben werden. Dies ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern wirkt auch positiv auf die Binnennachfrage, indem die Kaufkraft von Haushalten mit geringem Einkommen gestärkt wird. Darüber hinaus sollen die Regelsätze für Kinder und Jugendliche auf eine neue Berechnungsgrundlage gestellt werden, die den altersspezifischen und besonderen entwicklungsbedingten Bedarf berücksichtigt. Das hat zur Folge, dass die Regelsätze für Kinder und Jugendliche nicht mehr von den Erwachsenensätzen abgeleitet werden.
- Lohnnebenkosten senken: Um die Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite gezielt und spürbar zu senken, soll das grüne Progressiv-Modell sofort umgesetzt werden. Es sieht vor, dass erst ab einem Bruttoeinkommen oberhalb von 2 000 Euro die volle Last der Sozialversicherungsabgaben von zusammen rund 40 Prozent anfällt. Für alle Einkommen bis 2 000 Euro sollen die Beitragssätze langsam und stufenlos ansteigen. Das schafft Arbeitsplätze und entlastet Arbeitnehmer mit niedrigen Gehältern.
- Mindestlöhne einführen: Für gerechte Löhne, fairen Wettbewerb und gegen Mitnahmeeffekte sind Mindestlöhne in allen Branchen unerlässlich. Es ist unverzüglich eine Mindestlohnkommission nach dem Vorbild von Großbritannien einzurichten, die mit Sozialpartnern und Wissenschaftlern Empfehlungen für die Höhe einer generellen Lohnuntergrenze und von Mindestlöhnen erarbeitet sowie einführt.

Berlin, den 24. November 2008

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**